

Tages Anzeiger

Freitag
3. August 2018

126. Jahrgang Nr. 177
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Wir Scheinheiligen
Wer misstrauisch ist, tut Dinge, die er anderen nicht durchgehen lassen würde.
23

Giacometti-Weg
Eine App führt durch Leben und Werk der Künstlerfamilie.
25



Cliff Diving
Matthias Appenzeller wagt den Sprung in den Abgrund.
20

Schweizer UNO-Kandidatur ist akut gefährdet

Sicherheitsrat Der Plan des Bundesrates für einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verliert den Rückhalt im Parlament. Schon immer dagegen war die SVP – doch jetzt formiert sich auch in der FDP und der CVP Widerstand.

Philippe Reichen
und **Markus Häfliger**

Der Bundesrat hat vor sieben Jahren beschlossen, einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anzustreben. Seither werben Bundesräte und Diplomaten bei allen Ländern der Welt immer wieder für deren Unterstützung. Doch jetzt zeigen Recherchen dieser Zeitung, dass der Bundesrat mit seinem Vorhaben im

Parlament dramatisch an Rückhalt verloren hat.

Die SVP hat die Kandidatur von Anfang an abgelehnt. Nun aber manifestiert sich auch in der FDP und der CVP, welche die Kandidatur bisher mehrheitlich unterstützt haben, Widerstand. Dieser sei so gross, «dass es schwierig werden wird, im Parlament eine Mehrheit für die Kandidatur zu finden», sagt Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL),

Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann (ZH) schätzt, dass eine knappe Mehrheit seiner Fraktion und rund die Hälfte der CVP-Parlamentarier gegen die Kandidatur seien. Im Sicherheitsrat würde die Schweiz zum «Spielball der Weltpolitik», warnt er.

Die FDP-Ständeräte Philipp Müller (AG) und **Damian Müller (LU) sagen, inzwi-**

schen seien viele, wenn nicht fast alle ihrer Parteikollegen im Stöckli kritisch. Das Versagen des Sicherheitsrats in Syrien und nach der Krim-Annexion habe zu einem Umdenken geführt, sagt Philipp Müller. **Damian Müller warnt, die Schweiz könne nicht glaubwürdig vermitteln, wenn sie im Sicherheitsrat öffentlich Position zu Konflikten beziehen müsse.**

Bis jetzt hat das Parlament nie über die Kandidatur abgestimmt. Genau eine

solche Abstimmung brauche es jetzt, fordert Portmann. Der Bundesrat sei gut beraten, das Thema von sich aus dem Parlament zu unterbreiten, sonst könnte er dazu gezwungen werden, so Portmann weiter.

Aussenminister Ignazio Cassis will laut einem Sprecher noch in diesem Herbst im Gesamtbundesrat eine Aussprache zur Kandidatur durchführen. **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 4**

Jetzt hilft nur noch das kühle Nass



Hitzewelle Viele Menschen geniessen derzeit das Badewetter wie hier auf dem Zürichsee. Für Sportschwimmer sind die Wassertemperaturen sogar ideal – während den Fischen in den Flüssen und Bächen der Hitzetod droht. **Seite 3, 14, 30** Foto: Doris Fanconi

Ein Zürcher für Basel: Marcel Koller muss nun den FCB retten

Fussball Nach wilden Tagen mit herben Rückschlägen und einer abrupten Trainerentlassung hat der FC Basel seinen Hoffnungsträger gefunden: Marcel Koller kehrt nach zuletzt sechs Jahren als Nationaltrainer in Österreich in die Schweiz zurück und übernimmt ab sofort das Amt des glücklosen Raphael Wicky. «Es brennt», sagt der 57-Jährige aus Schwamendingen zum Grund, weshalb es ihn zurück auf den Fussballplatz drängt. Er unterschrieb für zwei Jahre mit Option und dürfte pro Saison 1,5 Millionen Franken verdienen.

In Basel steht derzeit keiner mehr in der Kritik als Sportchef Marco Streller, der mit seinen Wunschtransfers öfters schon danebengelegen hat. Er braucht den Erfolg, um nicht selbst Gefahr zu laufen, seinen Job nach nur einem Jahr zu verlieren. Und wer soll da besser helfen als Koller, der als Spieler mit den Grasshoppers mehrfacher Meister und Cupsieger war, der sie 2003 auch als Trainer einmal zum Meistertitel führte? Als jener Koller, der in Österreich als «Wunderwuzzi» gefeiert wurde, als einer, der alles kann und richtig macht? Koller gibt sein Debüt morgen Samstag, wenn der FCB in der Super League auf das noch punktlose GC trifft. **(red) Analyse Seite 21, Bericht Seite 22**

Gesetzesentwurf: Rechtsprofessor warnt vor Folgen für ältere Versicherte

Versichertenschutz Das Parlament berät derzeit einen Gesetzesentwurf, der die Rechte der Versicherten erheblich beschneiden soll – etwa bei Krankenzusatz-, Invaliditäts- oder Lebensversicherungen. Es geht um das sogenannte Versicherungsvertragsgesetz.

Jetzt attackiert ein europaweit bekannter Zürcher Rechtsprofessor den Entwurf. Er bezeichnet ihn als «eine verunglückte Gesetzesrevision». Die vorliegende Fassung wolle «Kontrollmechanismen zugunsten der Versicherten ausschalten», sagt Helmut Heiss im Interview. Der Kundenschutz würde mit dieser Re-

vision im Vergleich zum europäischen Ausland und womöglich hinter die Schweizer Praxis zurückfallen.

Am schlimmsten könnte es ältere Versicherte treffen. Bei ihnen spielt der Markt bei Lebens- oder Krankenzusatzversicherungen nicht mehr. Ändert eine Versicherung die Bedingungen einseitig, bleibe ihnen nur, «zu kündigen und keine Versicherung mehr zu haben oder die Änderung zu schlucken». Verantwortlich dafür ist Bundesrat Ueli Maurer (SVP). Sein Departement hat etliche Wünsche der Versicherungen eingebracht. **(val) Seite 8**

Kommentare & Analysen

«Bewegt das Thema tatsächlich weniger, weil die Betroffenen Doppelbürger sind?»

Thomas Knellwolf
Die Türkei hält schweizerisch-türkische Doppelbürger fest. Bern schweigt. **Seite 2**

Leben im Land der Hyperinflation

Reportage Venezuela ist das erdölreichste Land der Welt. Dennoch beträgt die dortige Inflation mehrere Tausend Prozent. Schuld daran ist die Regierung, die mit einer neuen Währung die Krise in den Griff bekommen will. Der Besitz ausländischer Währungen ist für die Bevölkerung mittlerweile zu einer Frage von Leben und Tod geworden: Wer Zugang zu US-Dollar hat, überlebt recht gut. Wer aber bloss Bolívares verdient, siecht dahin oder stirbt. Laut einer Studie lebten bereits vor der Hyperinflation 87 Prozent der Bevölkerung in Einkommensarmut. **(red) Seite 6**

Eine Kündigung aus heiterem Himmel

Entlassung Von einer Stunde auf die andere haben zwei Mitarbeiterinnen des Belcafé beim Bellevue ihren Job verloren – ganz zum Unverständnis der dortigen Stammgäste. In Briefen und Mails haben sich diese bei Patron Peter Rosenberger für die zwei Frauen – es handelt sich um Mutter und Tochter – eingesetzt. «Es war nie unsere Absicht, den beiden Frauen zu kündigen», sagt der Wirt. Doch es blieb dabei. Weder Mutter noch Tochter können sich erklären, wie das gute Arbeitsverhältnis nach sechs respektive vier Jahren so schnell kippen konnte. **(roc) Seite 13**



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Börse	10	TV/Radio	18	Wetter	29
Leserbriefe	11	Veranstaltungen	26		
Todesanzeigen	16	Rätsel	28		

Schweiz

Plötzlicher Widerstand aus der Mitte

UNO-Sicherheitsrat Seit sieben Jahren weibeln Bundesräte und Diplomaten in der ganzen Welt für einen Sitz im Sicherheitsrat. Doch jetzt wird überraschend Kritik laut. Würde heute im Parlament abgestimmt, gäbe es für die Kandidatur kaum eine Mehrheit.

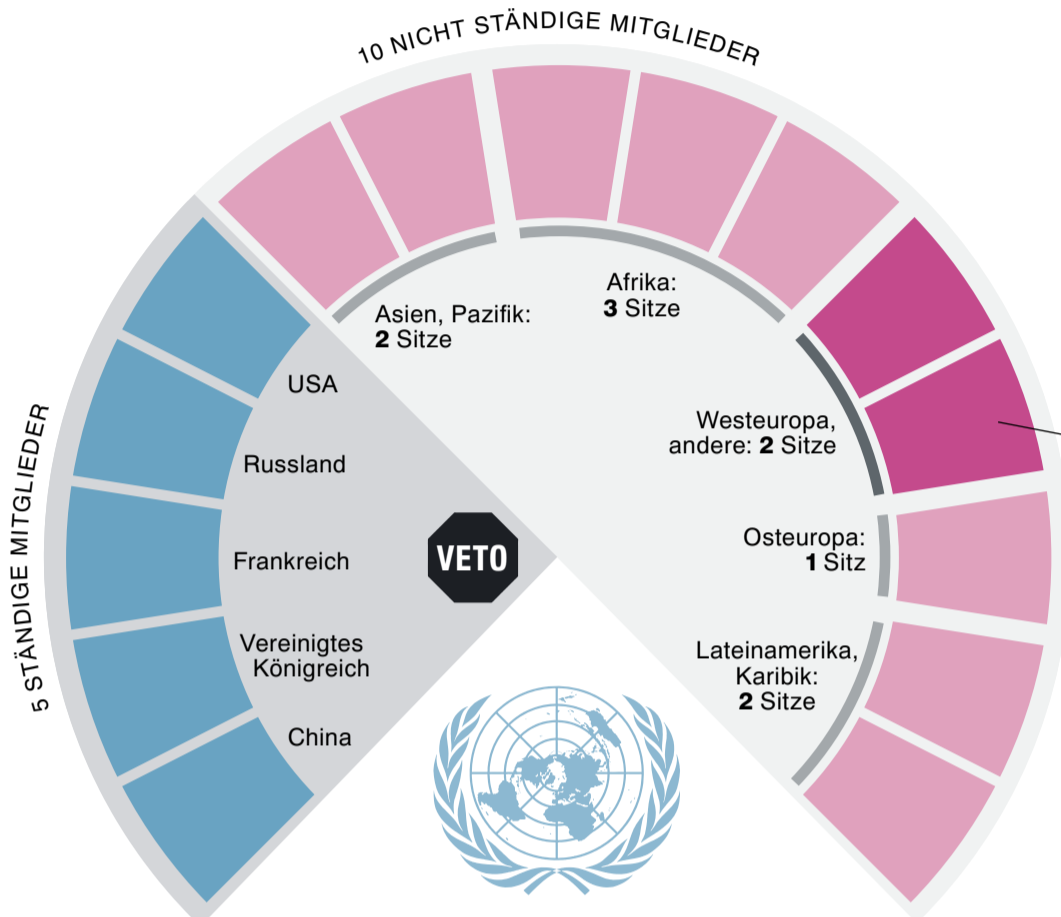
Markus Häfliger und
Philippe Reichen

Die Schweiz soll im mächtigsten UNO-Gremium Einsitz nehmen. Das ist für Schweizer Diplomaten eine der wichtigsten Missionen. Seit Jahren betreiben sie rund um den Erdball «Wahlgeschäfte» oder «Tauschgeschäfte», wie sie es nennen. Konkret: Unterstützt die Schweiz einen anderen Staat bei einem Vorstoss in einem internationalen Gremium oder gibt sie Geld für ein Projekt, erinnern die Schweizer Diplomaten stets freundlich, aber bestimmt: «Wir kandidieren 2022 für den UNO-Sicherheitsrat. Es wäre schön, wenn Ihr Staat uns dann seine Stimme gäbe.»

Und obwohl die Wahl in der UNO-Generalversammlung erst in vier Jahren stattfindet, ist das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bereits heute daran, am UNO-Sitz in New York eine offizielle Wahlkampagne vorzubereiten. Erwartet wird zudem, dass Aussenminister Ignazio Cassis bald einen Sonderbotschafter ernannt, um die Werbung für die Kandidatur zu verstärken. Und die Chancen, dass die Schweiz ab 2023 tatsächlich für zwei Jahre in den Rat einzieht, stehen gut: Für die zwei Sitze Westeuropas gibt es derzeit erst zwei Kandidaten: Malta und die Schweiz.

Doch jetzt zeigen Recherchen dieser Zeitung: Es ist höchst ungewiss, ob die Schweiz 2022 überhaupt noch Kandidatin sein wird. Denn der Plan hat im Bundeshaus dramatisch an politischem Rückhalt verloren. Als der Bundesrat die Kandidatur im Jahr 2011 beschloss, opponierte nur die SVP fundamental. Doch inzwischen gibt es in den Mitteparteien derart viel Kritik, dass Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL), Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats, zweifelt, «dass eine Mehrheit der Bundesparlamentarier nach wie vor hinter der Kandidatur steht». FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann (ZH) schätzt aufgrund zahlreicher Gespräche, dass die CVP-Fraktion gespalten sei, wäh-

UNO-Sicherheitsrat



Aufgaben: Nach Artikel 24 der UNO-Charta hat der Sicherheitsrat «die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit». Seine Entscheidungen sind laut Charta für die UNO-Mitgliedsstaaten bindend.

rend eine knappe Mehrheit der FDP-Fraktion gegen die Kandidatur sei – eine Einschätzung, die andere Parlamentarier teilen. Damit dürfte eine Kandidatur im Parlament derzeit eine Mehrheit verfehlen.

Calmy-Reys Erbe

Bis jetzt hat das Bundesparlament nie über die Kandidatur abgestimmt. Der Bundesrat fällt die Entscheidung 2011 in eigener Kompetenz, noch unter der Ägide von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP). Zuvor hatte die Regierung die Aussenpolitischen Kommissionen des National- und des Ständerats konsultiert, die sich klar – mit 16:6 beziehungsweise 10:1 Stimmen – für die Kandidatur aussprachen. Darauf beantragte die SVP im Na-

tionalrat, dass das ganze Parlament darüber abstimmen müsse, fand aber nicht einmal für diese Forderung eine Mehrheit. Seither glaubten die Diplomaten im EDA, das Thema Sicherheitsrat sei für sie innenpolitisch erledigt – ein grosser Irrtum, wie sich jetzt zeigt.

Eine treibende Kraft bei den Kritikern ist Hans-Peter Portmann, der die FDP-Deputation in der nationalrätlichen APK anführt. In der Kommission hat Portmann jüngst Fragen eingebracht. Unter anderem will er von Aussenminister Ignazio Cassis wissen, ob er gedenke, die Kandidatur doch noch dem Parlament vorzulegen. Portmann stellt sogar die Grundsatzfrage: Ob der Bundesrat bereit wäre, die Kandidatur zurückzuziehen. Auf An-

frage sagt Portmann, er sei sicher, dass es im Parlament demnächst neue Vorstösse gegen die Kandidatur geben werde. «Darum ist der Bundesrat gut beraten, wenn er die Sache von sich aus dem Parlament vorlegt.»

Im Bundeshaus kursieren sogar Informationen, wonach Cassis bereits entschieden haben soll, das Parlament nachträglich abstimmen zu lassen. Dies wird aber von Cassis' Informationschef Jean-Marc Crevoisier vehement dementiert. Cassis vertrete die bisherige Position des Bundesrats und des Parlaments, das seinerzeit einen Parlamentsentscheid in dieser Frage abgelehnt habe. Richtig sei einzig, dass Cassis den Gesamtbundesrat noch im Herbst in einem Aussprachepapier über den neusten Stand in

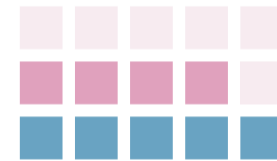
Gegründet 1946

Sitz: UNO-Hauptquartier, New York

15 Mitglieder: 5 ständige Mitglieder, welche über das **Vetorecht** verfügen. 10 nicht ständige Mitglieder **ohne Vetorecht**, jeweils für zwei Jahre von der UNO-Generalversammlung gewählt.

Für einen dieser zwei Sitze kandidiert die **Schweiz**, der bisher einzige andere Kandidat ist Malta.

Der **UNO-Generalsekretär**, derzeit António Guterres (Portugal), nimmt ebenfalls an den Sitzungen teil, aber ohne Stimmrecht.



Für gültige Beschlüsse braucht es **9 von 15 Stimmen**, dabei müssen **alle 5 ständigen Mitglieder** zustimmen.

Grafik: ake

diesem Dossier informieren werde. Derweil begründen die Kritiker der Kandidatur ihre Vorbehalte damit, dass sich die Welt seit 2011 massiv verändert habe. «US-Präsident Trump war damals noch nicht auf der politischen Bühne», sagt Schneider-Schneiter. Auch das Versagen des Sicherheitsrats im Syrienkrieg sei erst später gekommen. «Wir müssen nun rasch klare Verhältnisse schaffen und klare Zeichen zur Schweizer UNO-Mission in New York senden», sagt Schneider-Schneiter – und prognostiziert gleichzeitig: «Es wird schwierig werden, im Parlament eine Mehrheit für die Kandidatur zu finden.»

Schneider-Schneiters Parteichef zählt nicht zu einer solchen Mehrheit. «Ich war persönlich

immer gegen die Kandidatur», sagt Gerhard Pfister. Eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, wo die Schweiz an hochpolitischen Entscheidungen mitwirken müsste, bringe sie «neutralitätspolitisch in Teufels Küche». Und selbst Exponenten des linken Parteiflügels sind mit Pfister einig. «Ich war wegen der Kandidatur immer skeptisch und bin es immer noch», sagt Nationalrätin Kathy Riklin (ZH). «Schon die Abstimmung über den UNO-Beitritt war eine Zitterpartie.» Nun dürfe man das Vertrauen der Bevölkerung nicht verspielen mit einem Beitritt zum Sicherheitsrat.

Spielball der Weltpolitik

FDP-Nationalrat Portmann sagt, zentral sei für ihn vorerst, dass sich das Parlament über die Kandidatur äussern könne. Doch er macht auch klar, dass er selber aus heutiger Sicht Nein stimmen würde. Portmann warnt, dass die Schweiz im Sicherheitsrat zum «Spielball der Weltpolitik» würde und dass jeder Entscheid des Rats anschliessend zu einer Kontroverse im Bundesparlament führen würde.

Auch viele FDP-Ständeräte seien gegenüber der Kandidatur «kritisch» eingestellt, sagen Philipp Müller (AG) und Damian Müller (LU). Das Versagen des Sicherheitsrats in Syrien und bei der Krim-Annexion habe bei ihm und vielen Kollegen zu einem Umdenken geführt, sagt Philipp Müller. **Damian Müller betont, die internationale Rolle der Schweiz bestehe in der diskreten Vermittlung. Im Sicherheitsrat müsste sie aber in internationalen Konflikten Position beziehen. «Damit wäre ihre Rolle als Vermittlerin akut gefährdet.»**

All diese Argumente werden aufs Tapet kommen, wenn Aussenminister Cassis das Dossier in den Bundesrat tragen wird – und nicht nur dort: Denn auch in den Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte ist das Thema noch in diesem Jahr traktandiert. Solche Aussprachen, ob in der Regierung oder in den Kommissionen, können direkt in politische Vorstösse und Anträge führen – im Extremfall für einen Abbruch der Kandidatur.

Die FDP bewegt sich Richtung Vaterschaftsurlaub

Ein Gegenvorschlag zur Volksinitiative könnte mehrheitsfähig werden.

Parlament Die Stimmen der FDP werden entscheidend sein. Bisher war der Vaterschaftsurlaub im Parlament chancenlos, weil FDP und SVP dagegen waren. Das bewog eine breite Allianz aus Gewerkschaften und Männerorganisationen, eine Volksinitiative zu lancieren. Die Initiative «Vaterschaftsurlaub jetzt» fordert vier Wochen für die Väter, die Finanzierung soll über die Erwerbsersatzordnung (EO) laufen, also von Arbeitgebern und Arbeitnehmern berappt werden.

Anfang Juni hat die FDP-Fraktion beschlossen, unter gewissen Bedingungen auf das Begehren einzusteigen. Die FDP überlege sich ein Ja zu einem Gegenvorschlag, wenn das Parlament endlich die seit 15 Jahren laufende



Der Zuger FDP-Nationalrat Joachim Eder. Foto: Keystone

Krippen-Anschubfinanzierung stoppt und die Steuerabzüge für Krippenauslagen massiv erhöht. Die FDP sagte auch gleich, wie sie sich den Vaterschaftsurlaub vorstellt: Ihr schwebt ein Elternurlaub von 16 Wochen vor, von dem die Mutter mindestens 8 Wochen beziehen muss, den die Eltern aber sonst frei auftei-

len können. Sollten sie sich uneinig sein, bekäme die Mutter 14 Wochen, der Vater 2.

Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Ständerats hat an ihrer letzten Sitzung Ende Juni beschlossen, zwei Varianten eines Gegenvorschlags vertieft zu prüfen. Sie hat diese beiden Modelle nun der Bundesverwaltung zur Prüfung übergeben, wie die «Aargauer Zeitung» gestern berichtete. Das erste Modell ist der vom Parlament schon einmal abgelehnte zweiwöchige Vaterschaftsurlaub, welchen der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas forcieren will. Das zweite Modell ist der von der FDP eingebrachte Elternurlaub – neu jetzt ohne Bedingungen.

Von dieser Verknüpfung rücken nun einflussreiche FDP-Parlamentarier ab. Parteitaktische Manöver seien nicht Sache des Ständerats, sagt SGK-Präsident Joachim Eder (FDP, ZG). «Wir müssen uns mit der Sache selber befassen.» Die FDP-Ständeräte seien auch nicht Handlanger der Parteileitung. Man könne sich einen Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe vorstellen, selbst dann, wenn die anderen beiden Anliegen der FDP nicht erfüllt werden.

Unsichere Steuerabzüge

Für diese sieht es ohnehin nicht gut aus. Die Verlängerung der Krippen-Anschubfinanzierung ist wohl bald beschlossen und die Erhöhung der Steuerabzüge unsicher. «Wir wollen jetzt die bei-

den Varianten eines Gegenvorschlags vertieft prüfen», sagt Eder. Allerdings könnte der von der FDP eingebrachte Vorschlag mit internationalem Recht kollidieren. Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung einer Konvention der internationalen Arbeitsorganisation ILO verpflichtet, Müttern mindestens 14 Wochen Urlaub zu gewähren. Die Frage ist, ob sie damit brechen würde, wenn Mütter im Einzelfall freiwillig reduzierten. Darin sehe er kein Problem, sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). Hingegen hält er es für fragwürdig, wenn seine Parteikollegen von dem von der FDP geforderten Gesamtpaket abrückten.

Immer mehr seiner Parteikollegen sehen das jedoch anders.

Schon im Nationalrat hatten mehrere aus der FDP-Fraktion für die Fortführung des Krippen-Impulsprogramms gestimmt, also gegen das von der Parteileitung anvisierte Gesamtpaket. Nun kommen Ständeräte dazu. Man müsse auch bedenken, dass die Volksinitiative womöglich nicht chancenlos sei, sagt der Urner Josef Dittli. Konrad Graber (CVP, Luzern), ebenfalls Mitglied der SGK, sagt: «Ein Gegenvorschlag könnte mehrheitsfähig werden.» Wo bei er das Modell Candinas favorisiert und ihm auch mehr Chancen gibt. Bisher zeigten sich die Initianten nicht bereit, ihre Initiative zugunsten eines Gegenvorschlags zurückzuziehen.

Claudia Blumer